

FIASKO SCHULRAUMPLANUNG

Ein Scherbenhaufen in der Au

EDITH BRUNNER, GEMEINDERÄTIN SP

An der Gemeinderatssitzung im Frühsommer hat die bürgerliche Mehrheit den Projektierungskredit für eine neue Sporthalle und einen Erweiterungsbau beim Schulhaus Ort abgelehnt. Nach einer fünfjährigen Projektierungsphase, in der bereits knapp 300'000 Franken ausgegeben wurden, ist das Geschäft nun wieder zurück auf Feld Eins.



Was heisst das für die Kinder in der Au? Knapp ein Drittel von ihnen wird in den nächsten Jahren in Provisorien zur Schule gehen müssen, denn von den sieben Klassen im Steinacher sind zwei in Containern, von den Primarklassen im Ort sind drei, ab dem neuen Schuljahr vier von zwölf Klassen in Containern untergebracht.

FÜR DIE SP INAKZEPTABEL Darum hat sie im Rat das Projekt GRISU unterstützt. Der Stadtrat sah dafür eine leicht versenkte Dreifachturnhalle und Räume für zusätzliche Klassenzimmer, Mittagstisch und für die Sonderpädagogik vor. Es ist stossend, wenn Wädenswil aktiv und gezielt Standortförderung betreibt und Familien nach Wädenswil und Au lockt ohne bereit zu sein, in die nötige Infrastruktur zu investieren. Zwischen 2011 und 2016 erfolgte in der Au eine rege Bautätigkeit und die Schülerzahlen (inkl. Kindergarten) stiegen von 370 im Jahre 2011 auf 506 anfangs 2015. Ein zusätzliches Schulhaus ist folglich eine Notwendigkeit und kein Luxus. Die einzige Turn-

halle im Schulhaus Ort kann längerfristig den gesetzlich vorgeschriebenen Turnunterricht mit den vielen Klassen nicht mehr abdecken. Allein aus diesem Grund sind zusätzliche Turnhallen absolut nötig.

Zudem benötigen die Sportvereine, die in Wädenswil eine wichtige Funktion wahrnehmen und wesentlich zum aktiven Leben in der Stadt beitragen, zusätzliche Trainingsmöglichkeiten. Sie bieten Jugendlichen und Kindern sinnvolle Betätigungen und Freizeitangebote. Auch in der Au sind solche ein grosses Bedürfnis.

SCHULRAUMPLANUNG VERSCHLAFEN Wie geht es nun nach diesem Fiasco weiter? Mit der Rückweisung wurde der Stadtrat beauftragt, möglichst schnell ein neues, kostengünstigeres und flexibleres Projekt auszuarbeiten und gleichzeitig das Schulhaus Steinacher aufzustocken, so dass ein Teil der Container aufgehoben werden kann. Da auch hier die rechtzeitige Planung verschlafen wurde, wird dies gemäss Angaben der Abteilung Immobilien nicht vor dem Schuljahr 2018/19 realisiert werden können.

Wann der zusätzliche Schulraum in Schulhaus Ort bezogen werden kann, ist völlig ungewiss. Die SP bedauert diese Ausgangslage – sparen bei Bildung und Jugend lohnt sich längerfristig nicht! Die Bevölkerung in der Au hat diese stiefmütterliche Behandlung nicht verdient. Die SP wird sich dafür einsetzen, dass es mit der Planung und dem Bauen endlich schnell und effizient vorwärts geht. ■

25.09.2016 Abstimmen



JA zu einer starken AHV

Während die Pensionskassen-Renten schrumpfen, ist die AHV gut aufgestellt: Obwohl heute weniger Erwerbstätige mehr RentnerInnen finanzieren, funktioniert unser wichtigstes Sozialwerk. Dank genialem Finanzierungsmodell, unschlagbarem Preis-Leistungsverhältnis und Verlässlichkeit. Wer rechnet, stärkt die AHV und sagt Ja zu «AHVplus».

NEIN zum Schnüffelstaat

Ein neues Gesetz will die Kompetenzen des Nachrichtendienstes massiv ausbauen und öffnet dem Schnüffelstaat Tür und Tor. Künftig hätte der Staat die Möglichkeit, ohne Verdacht auf eine Straftat in unsere Privatsphäre einzudringen und unser Leben zu überwachen. Deshalb Nein!

JA zur Kinderbetreuungs-Initiative

Im Kanton Zürich ist das Angebot an Krippen, Tagesfamilien und Horten in den letzten Jahren ausgebaut worden. Den grössten Teil der Kosten müssen aber immer noch die Eltern tragen. Für viele Familien aus dem Mittelstand ist das schlicht zu teuer. Die Initiative bietet die Lösung dafür.

Alle Parolen auf Seite 3

IM VORFELD DER GEMEINDEFUSION

Das Ziel nicht aus den Augen verlieren

BEA GMÜR, PRÄSIDENTIN SP WÄDENSWIL

Der Stadtrat bat die Parteien, zu Vertrag und Weisung über den Zusammenschluss von Wädenswil, Schönenberg und Hütten Stellung zu nehmen. Interessierte der SP Wädenswil setzten sich mit den Dokumenten auseinander.

Eine Parole wird erst aufgrund der definitiven Urnenvorlage im Frühjahr 2017 gefasst.

Aus staatspolitischen Überlegungen steht die SP dem Zusammenschluss grundsätzlich positiv gegenüber. Die Berggemeinden werden vom Kanton faktisch dazu gezwungen; ihr finanzielles Überleben ist ohne die Eingemeindung nicht gesichert. Die Finanzen sind denn auch das alles überragende Thema in diesem Zusammenschluss.

BÜRGERLICHES MANTRA

Wie ein Mantra wird vom Stadtrat und den bürgerlichen Parteien als oberstes Ziel des Zusammenschlusses beschworen: «Keine Steuererhöhungen als unmittelbare Folge des Zusammenschlusses». Eine Eingemeindung muss Synergien ermöglichen, das ist unbestritten. Die Geschäfte der drei Gemeinden sollen so zusammengeführt werden, dass Doppelspurigkeiten wegfallen.

LEISTUNGEN SICHERN Die einseitige finanzielle Sicht greift zu kurz. Hinter den Zahlen stehen Leistungen, die die Gemeinden für ihre EinwohnerInnen erbringen. Der Zusammenschluss muss so erfolgen, dass diese Leistungen dank Bündelung der Ressourcen erhalten bleiben. Deren Form mag sich ändern, aber das Zauberwort «Synergien» darf nicht Leistungsabbau kaschieren.

GRIFF IN DIE SCHATULLE? Um das bürgerliche Steuerziel zu erreichen, könnte der Stadtrat versucht sein, Liegenschaften in Schönenberg und Hütten zu verkaufen. Für die SP kommt ein solcher Verkauf in naher Zukunft nicht in Frage. Aus ihrer Sicht steht höchstens eine Abgabe von Boden im Baurecht zur Diskussion.



KRANKENKASSENPRÄMIEN Die Steuern sind nur die eine Seite der privaten Abgaben. Die prognostizierten Tarife für Wasser und Abwasser sind für die Berggemeinden durchwegs tiefer, für Wädenswil in etwa gleich. Im öffentlichen Verkehr würde die fusionierte Gemeinde vom Lokaltarif profitieren. Hingegen hätte die Umteilung in die Krankenkassen Region 2 für die Versicherten von Schönenberg und Hütten eine schmerzhafteste Prämienhöhung zur Folge. Das verschweigt der Stadtrat im Weisungsentwurf.

FAKTEN OFFENLEGEN Für den Urnengang müssen alle Fakten auf den Tisch. Mit einer Schriftlichen Anfrage an den Stadtrat konnte die SP erreichen, dass auf der Website der Stadt unter «Projekte» alle Informationen gebündelt

angeboten werden und Interessierte über eine Mailadresse Fragen stellen können. Es braucht aber mehr. Sämtliche Verordnungen, Reglemente, Gebühren- und Tarifordnungen sollten online zugänglich sein, denn sie gelten nach dem Zusammenschluss auch für Schönenberg und Hütten.

ZUKUNFTSVISION? Es wäre an der Zeit, dass nach der Eingemeindung die Aktenauflagen des Bauamts, wie zum Beispiel Gestaltungspläne, im Internet zugänglich gemacht werden. Ein Aktenstudium wäre dann endlich auch zu Nicht-Bürozeiten möglich.

UMWELTFRAGEN AUSGE- BLENDET Die Umwelt und das Soziale fristen im Weisungsentwurf ein karges Dasein. Zu den Auswirkungen des Zusammenschlusses auf das Label «Energistadt», aber auch zur Sozialhilfe, zum Asylwesen, zu Ergänzungsleistungen und Mietzinszulagen werden keinerlei Aussagen gemacht.

OSW STEHT ABSEITS Für viel Unmut sorgt die Tatsache, dass die Oberstufenschulgemeinde (OSW) nicht zeitgleich mit den politischen Gemeinden eingegliedert wird. Gemäss dem total revidierten kantonalen Gemeindegesetz sind Versammlungsgemeinden wie die OSW innerhalb einer Parlamentsgemeinde nicht mehr zulässig. Früher oder später wird sich die OSW also in die Stadt Wädenswil einfügen müssen. Ein späteres Eingemeindungsverfahren ist bestimmt nicht billiger.

Es ist fraglich, ob der Zusammenschluss auf längere Sicht zum jetzigen Steuertarif zu haben ist. Die SP wehrt sich dagegen, dass das Steuerfuss-Mantra mit massivem Leistungsabbau für die EinwohnerInnen durchgeboxt wird. ■

Jetzt vollenden!

JULIA GERBER RÜEGG, PRÄSIDENTIN VEREIN JA ZUM SEEUFERWEG

Allen war klar: Ist der Seeuferweg vom Giessen bis Richterswil gebaut, dürfte die Schliessung der Fussweglücke zwischen dem Bahnhof Wädenswil und dem Giessen nur eine Frage der Zeit sein.



Der Wädenswiler Stadtpräsident Philipp Kutler erklärte an der Einweihung des Uferweges im Mai 2013: «Der Seeuferweg ist noch schöner herausgekommen als ich mir vorstellen konnte. Eine grosse Bereicherung für Jung und Alt. Jetzt fehlt nur noch der Abschnitt Halbinsel Giessen – Seeplatz.»

INITIATIVE GAB DEN ANSTOSS 2003 wurde in Wädenswil eine Volksinitiative für den Bau eines Seeuferweges nach Richterswil eingereicht. Auch in Richterswil stand der Wunsch auf der politischen Agenda. In beiden Gemeinden genehmigten die Stimmberechtigten mit grossem Mehr eine Kostenbeteiligungen von je 600'000 Franken an den Bau eines kantonalen Uferweges von der Halbinsel Giessen bis Richterswil. Dies entsprach dem Gegenvorschlag zur Wädenswiler Initiative. Sie verlangte ursprünglich eine Fusswegverbindung ab Seeplatz. Diese Variante hatte aus Kostengründen keinen Erfolg.

DIE BEVÖLKERUNG WILL IHN! Darum muss der seit 1948 im kantonalen Richtplan eingetragene Uferweg realisiert werden. Alarmiert kippten die bürgerlichen Parteien im Kantonsrat den durchgehenden Weg am Zürichsee kurzerhand aus dem Richtplan. Daraufhin reichte der Verein «Ja zum Seeuferweg» 2010 die Initiative «Zürisee für alli» ein. Sie verlangte die Ausarbeitung einer Kreditvorlage zum Bau eines durchgängigen Fussweges am Ufer des Zürichsees. 2011 reichte die EVP ihrerseits ein Volksbegehren «Uferwege für alle» ein, welche Uferwege in der Verfassung verankern wollte. Die beiden Initiativen vereinigten

rund 14'000 Unterschriften auf sich. Ein starkes Zeichen, vor dem die Uferweggegner ihre Augen nicht verschliessen konnten. Der Kantonsrat rang sich daher zu einem brauchbaren Gegenvorschlag durch. Uferwege sollen im Strassengesetz festgeschrieben werden. Dafür seien jährlich mindestens 6 Mio. Franken im kantonalen Budget einzustellen.

STÖRMANÖVER DER SVP Der hilflose Versuch der SVP, mit einem in letzter Minute eingefügten Enteignungsverbot an Ufern die Vorlage in eine Uferwegverhinderungsvorlage zu kehren, scheiterte vor Bundesgericht. Es hat aufgrund einer Beschwerde des Vereins «Ja zum Seeuferweg» den gesetzeswidrigen Passus für ungültig erklärt. Damit hat der Verein den Weg für einen durchgehenden Fussweg geebnet und das neue Gesetz ist in Kraft. Aber noch immer setzen die Uferweggegner alle Hebel in Bewegung, das Projekt zu torpedieren. Sie brachten es fertig, dass die Regierung die geforderten Mittel nicht im Budget einstellen wollte. Erst nach einem dezidierten Vorstoss des Wädenswiler Stadt- und Kantonsrates Jonas Erni (SP), krebste sie zurück und beauftragte die Baudirektion, den Stegbau in Wädenswil vorzubereiten.

Ich danke dem Wädenswiler Gesamtstadtrat, dass er sich hinter das Stegprojekt Seeplatz-Giessen stellt und wünsche ihm viel Erfolg bei den Verhandlungen mit dem Kanton für eine nachhaltige und bezahlbare Lösung. ■

www.uferwege-zuerich.ch

25.09.2016

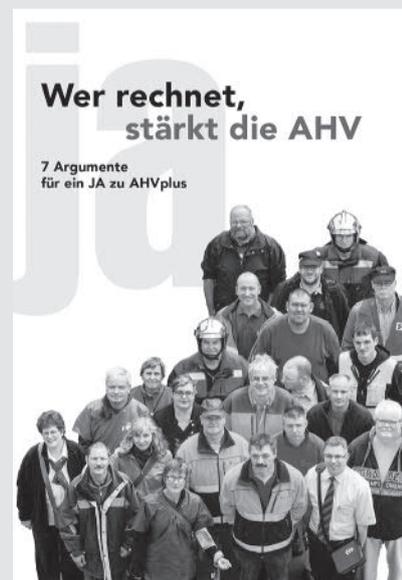
Abstimmen

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN:

JA zur Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» (Grüne Wirtschaft)



JA zur Volksinitiative «AHVplus für eine starke AHV»



NEIN zum Nachrichtendienstgesetz

KANTONALE VORLAGEN:

JA zur Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle»

KOMMUNALE VORLAGEN:

Keine Vorlagen

Das muss auch noch gesagt werden

SP-GEMEINDERATSFRAKTION



SP will sinnvolle Beleuchtung

Kaum einer denkt sich etwas dabei, wenn spät am Abend noch alles hell ist. Und doch: Zuviel Licht ist ein Problem. Und zwar nicht nur, weil man kaum mehr den Sternenhimmel sieht. Für diverse Tiere stellen unsere Lichter eine Gefahrenquelle dar. Insbesondere Vögel werden durch zu helle Nächte abgelenkt und verlieren die Orientierung. Auch für Menschen ist

zu viel Licht ein Problem: Der Biorhythmus gerät durcheinander. Die Folgen sind Schlafstörungen und Herzschlagveränderungen. Aus diesen Gründen fordert die SP ein entsprechendes Beleuchtungskonzept. Dieses soll darlegen, wie die Stadt gezielt dort beleuchten kann, wo es nötig ist – ohne gleich ganz Wädenswil mit Licht zu überfluten. (ChG) ■



Mehrwertausgleich: Mehr Wert für alle

Wird Land eingezont, steigt sein Wert – oft um ein Mehrfaches. Ähnlich ist es, wenn Land aufgezont wird, zum Beispiel von der Industrie- in eine Wohn- und Gewerbezone. Das Bundesgesetz über die Raumplanung schreibt vor, dass bei Einzonungen mindestens 20 Prozent der Planungsvorteile ausgeglichen werden müssen. Bis 2018 muss das in den Kantonen umgesetzt werden.

Der Kanton Zürich hat einen Entwurf in die Vernehmlassung geschickt, der auch für Aufzonungen einen Ausgleich von maximal 20 Prozent vorsieht. Mehrwertausgleich muss nicht unbedingt bedeuten, dass Geld in die Kassen der Gemeinden fließt. Bauherren können für den Betrag auch günstigen Wohnraum oder einen Kinderhort realisieren. Die SP setzt sich in Wädenswil für einen maximalen Mehrwertausgleich ein. (HjSch) ■



Link für Senioren

Als Folge eines Postulats der SP Fraktion ist neu auf der Wädenswiler Homepage unter dem Stichwort «Freizeit» ein spezieller Link für Senioren geschaffen worden. Die SP hätte zwar ausführlichere Informationen zu den Anliegen, Bedürfnissen und Interessen der älteren Bevölkerung gewünscht – dennoch gibt es wichtige und wertvolle Hinweise. Zum Beispiel auf die Infoberatungsstelle der Stadt, die Spitex, die Alterszentren oder den Verein «Aktive Senioren». Die SP hofft, dass die Seniorinnen

und Senioren von Wädenswil dieses verbesserte Angebot nutzen werden. (EB) ■

www.waedenswil.ch/de/freizeit/senioren/



Die SP Wädenswil informiert

Klimaneutral gedruckt:

ClimatePartner^o
Klimaneutral
Druck | ID: 12043-1801-1005

Scheinheiliges Sparen

Mit ihrer Motion beantragt die SVP, die städtischen Ergänzungsleistungen zur AHV und IV zu streichen. Diese seien nicht mehr nötig. In der Zürichsee Zeitung vom 29. Juli begründen die Exponenten der SVP den Antrag mit ihrer Sorge über die schlechte finanzielle Lage der Stadt. Sie sparen also lieber bei denen, die eh nichts haben, als mit einer minimalen Steuererhöhung die Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Ihre gutbetuchten Anhänger sollen nicht tiefer in die Tasche greifen müssen. Die scheinheilige Sparwut der SVP tut weh. (BG) ■

SP

- Ich will mehr über die SP erfahren
- Ich möchte der SP beitreten
- Senden Sie mir Informationen über folgendes Thema:

Name

Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

SP Wädenswil, 8820 Wädenswil
vorstand@spwaedenswil.ch



So! Nr. 3, September 2016

Die SP Wädenswil informiert

SP Wädenswil, 8820 Wädenswil
Konto Postfinance: 80-43003-3,
IBAN CH35 0900 0000 8004 3003 3
Erscheint 3 – 4 mal jährlich, Auflage: 9600 Ex.
Preis: Abonnement Fr. 12.–,
Unterstützungs-Abonnement: Fr. 25.–
Redaktion: Thomas Hartmann (Leitung).
Christian Gross, Urs Keller
so@spwaedenswil.ch, www.spwaedenswil.ch

Layout und Produktion: Schuwey! Wädenswil
Bilder: Urs Keller
Druck: Horizonte Druckzentrum, Thalwil
Klimaneutral gedruckt auf FSC-Papier